



# Newsletter

## Christian Piwarz

Ostern 2014

### Baubeginn an der Schwimmhalle Bühlau

Es hat lange genug gedauert, aber nun geht es los: Heute wurde im Beisein von Oberbürgermeisterin Helma Orosz und Sachsens Sportminister Markus Ulbig der 1. Spatenstich für den Neubau der Schwimmhalle Bühlau gefeiert. Damit entsteht eine moderne Schwimmhalle mit einem 25-Meter-Sportbecken, einem 16 x 10 Meter Lehrschwimmbecken und einem Kinderbecken. Zusätzlich wird eine Saunalandschaft mit drei verschiedenen Kabinen im Obergeschoss eingerichtet.

Insgesamt investiert die Stadt Dresden in den Neubau 9,3 Millionen Euro. Dazu steuert der Freistaat Sachsen 3,5 Millionen Euro Fördermittel bei. Der Dresdner Nordosten bekommt damit ein modernes Sport- und



Freizeitzentrum.

Helma Orosz betonte in ihrem Grußwort, dass die neue Schwimmhalle ein wichtiger Baustein in den Bemühungen der Stadt Dresden ist, noch familien- und



kinderfreundlicher zu werden. Für den Nordosten Dresdens wurde schon seit Jahren dringend eine solche neue Halle gebraucht. Unermüdliches kommunalpolitisches Wirken, auch das der CDU in Loschwitz, wird nun endlich belohnt. Nicht zuletzt hat auch der Ortschaftsrat Schönfeld-Weißig mit seiner Zustimmung zum Kompromiss bei der Standortentscheidung dazu maßgeblich beigetragen. Zum Jahresende 2015 soll die neue Schwimmhalle fertig sein.

### „Schule im Grünen“ – 90. Grundschule wieder eröffnet

Gemeinsam mit meiner Kollegin Aline Fiedler war ich am 24. März zur feierlichen Wiedereröffnung der 90. Grundschule in Luga. In den vergangenen beiden Jahren wurde das 1899 gebaute altherwürdige Schulgebäude komplett saniert und mit einem modernen Anbau versehen. Damit stehen nicht nur mehr Klassenzimmer zur Verfügung, sondern auch eine moderne Einfeld-Sporthalle, ein Speisesaal und eigene Räume für den Hort.



Die zur Feierstunde anwesende Oberbürgermeisterin Helma Orosz verwies auf die nun sehr guten Lernbedingungen für die Schüler hin. Über 6 Millionen Euro hat die Landeshauptstadt Dresden hierfür investiert und neben dem eigentlichen Bau auch schöne Außenanlagen für die Schüler geschaffen. Die 90. Grundschule wird damit ihrem Ruf als „Schule im Grünen“ noch mehr gerecht. Aline Fiedler und ich wünschen Lehrern, Schülern und Eltern alles Gute im alten und gleichzeitig neuen Schulhaus.

### Übergabe Petition Hochwasserschutz Lockwitz

Am 13. März hat der Heimatverein Niedersedlitz fast 800 Unterschriften zu einer Petition zum Hochwasserschutz an der Lockwitz an den Landtagspräsidenten Matthias Röbber übergeben. Der Petitionsausschuss des Landtages wird sich jetzt der Petition annehmen.

Meine Kollegin Aline Fiedler und ich werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass Hochwasserschutzmaßnahmen an der Lockwitz stattfinden. Wir sind dazu mit dem Umweltministerium im intensiven Gespräch.



Christian Piwarz MdL

Pirnaer Landstraße 202 • 01259 Dresden

Telefon: 0351 - 32 31 666 • Telefax: 0351 - 451 031 55 20

www.christian-piwarz.de • christian.piwarz@slt.sachsen.de



**CDU**

DIE SÄCHSISCHE UNION

## Neues aus dem Landtag

Januar 2014:

### Für starke Familien in Sachsen

Der erste Plenartag begann mit einer Fachregierungserklärung von Sozialministerin Christine Clauß zum Thema „Anerkennung, Wertschätzung, Verlässlichkeit – für starke Familien in Sachsen“. In der Debatte machte die CDU deutlich, dass Familie die wichtigste Verantwortungsgemeinschaft unserer Gesellschaft ist, in der Generationen miteinander verbunden sind und Verantwortung füreinander übernehmen. Vier von fünf Menschen sagen, dass sie sich auf ihre Familie verlassen können.

Die CDU-Fraktion will sich weiterhin für die Förderung von Familien in Sachsen einsetzen und den Familien höchste Wertschätzung zukommen lassen. Die sächsischen Familien leisten jeden Tag ungeheuer viel – sei es in der Betreuung der Kinder oder der Pflege der Großeltern.

Außerdem müssen Eltern bei der Kindererziehung Wahlfreiheit haben – egal ob sie ihre Kinder in die Tagespflege oder eine Kindertagesstätte geben oder zu Hause erziehen. An erster Stelle muss immer das Wohl des Kindes stehen: denn Mütter und Väter wissen am Besten, was gut für ihr Kind ist.

Für die Union ist die beste Voraussetzung für das Aufwachsen von Kindern die Ehe. Sie ist eine belastbare Solidargemeinschaft, die in allen Belangen füreinander einsteht. Bei aller Berechtigung verschiedener Lebensentwürfe: Das Beste für ein Kind ist es, wenn es mit Vater und Mutter aufwachsen kann. Das sei für die meisten Menschen in Sachsen die Lebenswirklichkeit. Allerdings müssen insbesondere auch Alleinerziehende unterstützt werden, da sie mehr Lasten tragen müssen.

### Kostenexplosion durch das EEG stoppen – Chance zur grundlegenden Reform nutzen

In der Aktuellen Debatte „Kostenexplosion durch das EEG stoppen – Chance zur grundlegenden Reform nutzen“ haben sich die Koalitionsfraktionen für eine schnelle Reform der Energiewende ausgesprochen.

In der Diskussion hat sich die CDU-Fraktion besorgt über die steigenden Kosten durch das EEG geäußert. Im Rahmen der Vereinbarungen der Großen Koalition auf Bundesebene gilt es nun eine grundlegende Reform des EEG umzusetzen, um Verbraucher in Industrie und Gewerbe, aber auch private Haushalte vor ständig steigenden Strompreisen zu schützen.

Die CDU-Fraktion steht auch weiterhin zum Ausbau Erneuerbarer Energien. Dennoch muss dieser Ausbau unter Beachtung des Bedarfs, der Sicherung der Versorgungssicherheit -

insbesondere der Grundlast -, der Netzsicherheit und unter marktrelevanten Preisen im nationalen Maßstab erfolgen.

Diese Strategie wird nach wie vor vermisst. Bei den künftigen Planungen ist offen, wie die Braunkohle berücksichtigt wird. Sachsen steht weiterhin zur Braunkohle als kostengünstigen, heimischen und grundlastfähigen Energieträger. Hier braucht Sachsen vor allem mehr Marktintegration. Deshalb müssen die Fehlentwicklungen beim EEG zügig korrigieren werden. Sachsen und Deutschland stehen in der Verantwortung, die Energiewende zu einem guten Abschluss zu bringen.

### Traditionelle Handwerksberufe bewahren

In dem gemeinsamen Antrag „Traditionen bewahren – alte Handwerksberufe schützen“ haben sich die Fraktionen von CDU und FDP für die Fortentwicklung historischer Handwerksberufe und deren Attraktivitätssteigerung in der Berufsorientierung ausgesprochen. Zudem ist zu prüfen, inwieweit der Nachwuchs für traditionelle Handwerksberufe gezielt über die Förderung von Verbundausbildungen unterstützt werden kann.

Traditionelle Handwerksberufe wie der des Töpfers, Holzspielzeugmachers, Böttchers, Pfefferküchlers, Porzellanmalers oder Glockengießers haben in Sachsen ihren Ursprung und eine lange Tradition. Im Verlauf des technologischen Fortschritts, neuer Fertigungstechnologien und des globalisierten Handels hat sich auch die Rolle des Handwerks im Freistaat gewandelt und weiterentwickelt. Vor allem traditionelle Handwerksberufe stehen vor einer besonderen technologischen Herausforderung.

### Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Der zweite Plenartag begann mit einer Aktuellen Debatte „Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen – Betriebliche Partnerschaft statt staatlichem Zwang“. Für die CDU-Fraktion ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein wichtiges Anliegen.

Neben Betriebskindergärten müssen auch die Kindertagesbetreuung – vom klassischen Kindergarten bis hin zur Kindertagespflege – und die Betreuung zu Hause unter Nutzung des Betreuungsgeldes unterstützt werden. Es muss möglich sein, den unterschiedlichen Familienstrukturen und Arbeitswünschen durch gezielte Unterstützung Rechnung zu tragen. Dabei können beispielsweise flexiblere Öffnungszeiten von Kindertageseinrichtungen helfen.

Aber auch die mittelständischen Unternehmen müssen sich stärker mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf auseinandersetzen und die Möglichkeiten flexibler Arbeitszeiten, Telearbeit oder Homeoffice prüfen, um personelle Ressourcen im Einklang mit familiären Pflichten besser zu nutzen.



Ministerpräsident Stanislaw Tillich hat es auf den Punkt gebracht: „Nicht die Familien müssen sich auf die Bedingungen der Arbeitswelt einstellen, sondern die Arbeitswelt auf die Bedingungen der Familien.“

## Kirchbach-Bericht zur Bewältigung des Hochwassers 2013

In dem gemeinsamen Antrag „Schlussfolgerungen der Staatsregierung aus dem ‘Bericht der Kommission zur Untersuchung der Flutkatastrophe 2013‘“ haben sich die Koalitionsfraktionen zur Weiterentwicklung des Hochwasserschutzes im Freistaat Sachsen und zur Umsetzung der Empfehlungen der Kommission zur Untersuchung der Flutkatastrophe (Kirchbach-Kommission) bekannt.

*Bericht der Kommission der Sächsischen Staatsregierung zur Untersuchung der Flutkatastrophe 2013: <https://publikationen.sachsen.de/bdb/artikel/20534/documents/27496>*

Am 19. Juni 2013 hat Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich in seiner Regierungserklärung zum Thema: „Hochwasser 2013: Helfen - wiederaufbauen - schützen. Gemeinsam für Sachsen!“ die Einsetzung einer Kommission unter Leitung von General a. D. Hans-Peter von Kirchbach angekündigt. Bei der Bewältigung des letzten Hochwassers 2013 müssen die Abläufe in den Behörden und bei den Rettungskräften überprüft und Schwachstellen lokalisiert werden, um daraus für die Zukunft die richtigen Lehren für die Zukunft zu ziehen. Innerhalb kürzester Zeit konnte nunmehr der Bericht Kommission zur Untersuchung der Flutkatastrophe vorgelegt werden.

Nach dem Bericht der Kommission haben 378 von 438 Kommunen in Sachsen Schäden infolge des Hochwassers. In 295 Städten und Gemeinden wurde Katastrophenalarm ausgerufen. Das Hochwasserwarnsystem hat dabei reibungslos funktioniert und soll nach Ansicht der Kommission weiter verbessert werden. Eine weitere Empfehlung ist, das Hochwasserschutzinvestitionsprogramm konsequent weiter zu führen. Bisher wurden 650 Millionen Euro in Hochwasserschutzmaßnahmen investiert. Weitere 900 Millionen Euro sollen für die nachhaltige Beseitigung von Schäden an Gewässern eingesetzt werden. Dies ist eine Generationenaufgabe.

Die Kommission empfiehlt weiterhin das Pegelbau- und Ausrüstungsprogramm weiter umsetzen und die Informationsplattform des Landeshochwasserzentrums weiter auszubauen. Ebenso ist die Ausweisung von Polderflächen verstärkt anzugehen.

## März 2014:

### Fachregierungserklärung zu Sachsens Kunst und Kultur

Der erste Plenartag begann mit einer Fachregierungserklärung von Wissenschafts- und Kunstministerin Sabine von

Schorlemer zum Thema „Mehr als ein Verfassungsauftrag – gemeinsam fördern und pflegen wir unsere Kunst und Kultur in Sachsen“.

Sächsischer Landtag: Erik Donner



Zahlreiche Kultureinrichtungen prägen das Bild Sachsens. Neben überregionalen Einrichtungen wie dem Gewandhausorchester Leipzig, dem Sächsischen Industriemuseum in Chemnitz, den Staatlichen Kunstsammlungen Dresden oder der Staatskapelle kann Sachsen auf vielfältige Kulturangebote im ländlichen Raum sowie ein bundesweit einmaliges Kulturraumgesetz verweisen. Das Kulturraumgesetz ist deutschlandweit einmalig.

Bei der anstehenden Beurteilung dieses Gesetzes sollen die Analyse der finanziellen Ausstattung, die notwendige Planbarkeit der Mittel und die Struktur geprüft werden, damit neben dem Erhalten auch Raum für die Weiterentwicklung der sächsischen Kulturlandschaft gegeben ist. Das Kulturraumgesetz, mit dem die Kulturräume jährlich mit 86,7 Millionen Euro gefördert, soll den gestiegenen Anforderungen angepasst werden.

Kultur ist für Sachsen identitätsstiftend und unverzichtbar. Die Vermittlung von Geschichte, Traditionen und Werten stärkt unser Zusammengehörigkeitsgefühl. Zudem ist die Industriekultur ein wichtiger Teil sächsischer Geschichte. Die dazu von der CDU-Fraktion vorgeschlagene Landesausstellung Industriekultur wird 2018 in der Region Chemnitz mit dem Hauptort Zwickau stattfinden.

Auch die Kunsthochschulen und die Kunst- und Kulturfor-

sung muss weiter gefördert werden. Kulturforschung ist für das Kulturland Sachsen Imageträger und Qualitätsmerkmal. Die Kreativwirtschaft in Sachsen soll im Rahmen bestehender Möglichkeiten gestärkt werden.

## Finanzielle Unterstützung für freie Schulen in Sachsen

Mit der aktuellen Debatte „Sichere Perspektive für freie Schulen in Sachsen – Vielfalt und Qualität durch finanzielle Unterstützung wahren“ haben sich die Koalitionsfraktionen für eine weitere finanzielle Unterstützung der freien Schulen im Freistaat Sachsen eingesetzt.

*Im Jahr 2014 sollen noch vor dem Schuljahresende 2013/2014 insgesamt 10 Mio. € zur Verfügung gestellt werden, davon 5 Mio. € für investive Schulzwecke und 5 Mio. € für Schulzwecke ohne weitere Bindung, also auch für konsumtive Maßnahmen. Im Jahr 2015 sollen nach Vorliegen der haushaltsrechtlichen Voraussetzungen möglichst schnell 25 Mio. € für Schulzwecke ohne weitere Bindung, also auch für konsumtive Maßnahmen, zur Verfügung gestellt werden. Insgesamt würden den freien Schulträgern daher für die Übergangszeit 35 Mio. € zur Verfügung stehen. Die Sachausgaben der kommunalen Schulträger sind eine maßgebliche Grundlage für die Größenordnung dieses Betrages.*

*Die Beträge sollen im Rahmen einer Förderrichtlinie an die freien Schulträger anhand der Schülerzahl ausgezahlt werden. Die Staatsregierung hatte angekündigt, ein neues Gesetz bis zum 1. August 2015 in Kraft treten zu lassen.*

Ende vergangenen Jahres hatte sich die CDU-Fraktion für eine kurzfristige Regelung zur finanziellen Unterstützung der freien Schulen ausgesprochen. Mit der nun zwischen der Staatsregierung und den Vertretern der freien Schulen gefundenen Übergangslösung, bei der die freien Träger 35 Millionen Euro für die kommenden zwei Jahre erhalten, wurde ein erster wichtiger Zwischenschritt erreicht.

Dennoch bedarf die zukünftige Neuregelung der Finanzierung freier Schulen einer Änderung des Gesetzes für Schulen in freier Trägerschaft. In der Debatte hat sich die CDU-Fraktion für ein neues Gesetz in der nächsten Legislaturperiode ausgesprochen, um den richtigen Rechtsrahmen für die Finanzierung der freien Schulen und Planungssicherheit bei den privaten Schulträgern zu erreichen.

## Situationsangepasste Verkehrssteuerung statt generellem Tempolimit

In dem gemeinsamen Antrag „Situationsangepasste Verkehrssteuerung statt generellem Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen“ haben sich die Koalitionsfraktionen für eine vor allem verkehrabhängige Verkehrssteuerung ausgesprochen.

Oft wird die Einführung eines einheitlichen Tempolimits auf deutschen Autobahnen diskutiert und in Verbindung mit der Verbesserung der Verkehrssicherheit gebracht. Allerdings gehören deutsche Autobahnen durch die hohen technischen Standards zu den sichersten in Europa.

Mit Hilfe des Antrages soll die Ausweitung der intelligenten Verkehrssteuerung durch die Staatsregierung geprüft und umgesetzt werden. In der Debatte betonte die CDU-Fraktion, dass ein statisches Tempolimit ungeeignet sei aufgrund der sich stets verändernden Verkehrsdichte. Maßnahmen wie beispielsweise auf der A4 im Bereich Dresden zeigen, wie eine intelligente elektronische Verkehrssteuerung zur Verbesserung der Situation der Verkehrsteilnehmer beiträgt.

## Palliativ-Pflege in Sachsen weiter verbessern

Die Fraktionen von CDU und FDP haben sich in dem gemeinsamen Antrag „Palliativ-Pflege im Freistaat Sachsen verbessern“ für eine Stärkung der Palliativ-Pflege im Freistaat Sachsen eingesetzt.

Das Thema Palliativ-Pflege nimmt in einer älter werdenden Gesellschaft eine wichtiger werdende Rolle ein. Die Themen Sterben und Tod sind bereits Bestandteil der Ausbildung zum Altenpfleger, der Aspekt der Palliativversorgung wird allerdings nur unterschwellig behandelt.

Mit dem verabschiedeten Antrag soll dies gestärkt und eine grundsätzliche Bestandsaufnahme der stationären Palliativ-Betreuung im Freistaat erhoben werden. Dadurch sollen Defizite in der Versorgung der Patienten aufgezeigt und behoben werden. Außerdem soll die Möglichkeiten zur Fort- und Weiterbildung zur Fachkraft für Palliativpflege, die Verankerung der Palliativ-Pflege und die Begleitung Sterbender in der Ausbildung zum Altenpfleger im Freistaat Sachsen geprüft werden. Zudem sollen auf Landes- und Bundesebene Anstrengungen unternommen werden, um eine Änderung und Angleichung der Ausbildungsanforderungsprofile im Bereich der Kranken- und Altenpflege auf eine palliativmedizinische und onkologische Pflege und Schmerztherapie zu erreichen.



April 2014:

Sächsischer Landtag: Geo Loge

## Ländlichen Raum stärken

Der erste Plenartag begann mit einer Fachregierungserklärung von Umweltminister Frank Kupfer zum Thema „Das neue Entwicklungsprogramm für den ländlichen Raum – verlässliche Politik für Sachsen!“. In der anschließenden Diskussion würdigte die CDU-Fraktion das neue Entwicklungsprogramm für den ländlichen Raum (EPLR) der Staatsregierung zur Um-

setzung des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des Ländlichen Raumes (ELER).

In der aktuellen ELER-Förderperiode stehen für Sachsen insgesamt 879 Millionen Euro an EU-Fördermitteln bis zum Jahr 2020 zur Verfügung. Damit hat der Freistaat einen Anteil von fast 10 Prozent am ELER-Mittelvolumen in Deutschland. Die Mittel der neuen Förderperiode sollen zu 29 Prozent (331 Millionen Euro) in flächenbezogene Agrar-, Umwelt und Klimamaßnahmen, zu 18 Prozent in die Förderung des Tierwohles sowie Pflanzen, Garten- und Weinbau, zu 19 Prozent in land- und forstwirtschaftliche Innovationen und 31 Millionen Euro in den Waldbau, den Wegebau und die Waldbrandvorsorge investiert werden.

*Seit 2007 wurden mit EPLR-Fördergeldern insgesamt 642 landwirtschaftliche Investitionsvorhaben in 500 Unternehmen mit knapp 450 Millionen Euro gefördert. Mit knapp 200 Millionen Euro wurde besonders umweltgerechte Landwirtschaft gefördert. Im Forstbereich wurden mit den Fördermitteln mehr als 152 Kilometer Waldwege gebaut und 159 forstliche Wegebauvorhaben mit Gesamtinvestitionen von 6,1 Millionen Euro unterstützt. Mehr als 20 Millionen Euro wurden für gesunde Wälder investiert und es entstanden 250 Hektar zusätzlicher Wald auf 96 Erstaufforstungsflächen.*

Gleichzeitig spielt der Tourismus für Sachsens ländliche Regionen eine bedeutende Rolle. Zwischen 2008 bis 2013 wurden insgesamt 369 touristische Maßnahmen mit einem Gesamtfördervolumen von über 21 Millionen Euro bewilligt. Davon entfielen etwa 8,3 Millionen Euro auf 104 Maßnahmen zum Marketing landtouristischer Angebote. Rund 200 Maßnahmen erhielten für die Schaffung öffentlich-touristischer Infrastruktur knapp 6 Millionen Euro an Fördermitteln, mit denen rund 700 Kilometer Lehr- und Erlebnispfade, 1.400 Kilometer Wander- und rund 100 Kilometer Reitwege ausgebaut und beschildert wurden. Rund 7 Millionen Euro sind für Investitionen zur Erweiterung von Beherbergungskapazitäten auf mindestens 9 bis 30 Gästebetten in hoher Qualität bereitgestellt worden.

Abschließend lobte die CDU-Fraktion die neue regionale Verantwortung und die bessere Zusammenarbeit zwischen den Landkreisen. Mit dem neuen System „Region statt Dorf“ wird erstmals die notwendige Verantwortung in die Regionen gegeben und regionale Budgets verteilt.

## Energiewende in Sachsen weiter forcieren

In der aktuellen Debatte „Sächsische Interessen in der Energiepolitik wahren – Belastungen begrenzen, Wettbewerbsfähigkeit sichern“ haben sich CDU und FDP für ein Gesamtkonzept für die Energiewende in Deutschland ausgesprochen.

Bereits auf dem Energiegipfel mit der Bundeskanzlerin und den übrigen Bundesländern hat sich Ministerpräsident Stanislaw Tillich für die Interessen des Freistaates Sachsen stark gemacht. Auch die CDU-Fraktion will sich bei der Bundesregie-

rung für Sachsens Interessen in der Energiepolitik einsetzen, um die Belastungen für die Privathaushalte zu begrenzen und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen zu sichern.

Außerdem darf die sächsische Braunkohle gegenüber der Europäischen Kommission nicht schlechter gestellt werden als die übrigen Energieträger. Notwendig bleibt es zu dem, den Netzausbau koordiniert sicherzustellen und die Kosten des Netzausbaus und des Netzbetriebes gerecht in den Bundesländern zu verteilen. Hier ist der Freistaat Sachsen nach wie vor benachteiligt. Aus Sicht der CDU-Fraktion könnten beispielsweise in Gebieten mit Netzengpässen Entschädigungszahlungen entfallen oder in Gebieten mit Netzüberlastungen Stabilisierungsentgelte sinnvoll sein.

## Mehr Datenschutz im Internet

Im gemeinsamen Antrag „Informationssicherheit für sächsische Bürger, Unternehmen, Hochschulen und öffentliche Stellen erhöhen!“ haben sich die Koalitionsfraktionen für eine stärkere Datensicherheit, vor allem der öffentlichen Hand ausgesprochen.

Durch den Antrag sollen die informationstechnische Systeme – Hardware wie Software – der sächsischen Verwaltung vor rechtswidrigen Zugriffen Dritter stärker geschützt werden. Außerdem soll geklärt werden, welche weiteren Möglichkeiten es für mehr Datensicherheit für Bürger, Unternehmen und Hochschulen gibt. Mit einer neuen Sicherheitsstrategie will die CDU-Fraktion das Recht auf informationelle Selbstbestimmung stärken, Geschäftsgeheimnisse sächsischer Unternehmen sowie das geistige Eigentum in unseren Hochschulen und Forschungseinrichtungen besser schützen. Der Datenschutz liegt in der nationalen Verantwortung von Bund und Ländern und muss dringend weiter verbessert werden.

Schließlich soll sich die Staatsregierung auf EU-Ebene bei den Verhandlungen über ein Transatlantisches Handels- und Investitionsabkommen mit den USA für ein höheres Datenschutzniveau einzusetzen.

## Sachsen ist ein Autoland

Mit der aktuellen Debatte „Autoland Sachsen – Motor für Beschäftigung und Wachstum“ haben sich die Koalitionsfraktionen für die Autobranche im Freistaat Sachsen eingesetzt. In der Debatte machte die CDU-Fraktion deutlich, dass Sachsen ein Autoland ist.

Sachsen ist die Wiege des deutschen Automobilbaus. Seit mehr als 100 Jahren werden hier Fahrzeuge produziert. Namhafte Hersteller, leistungsfähige Zulieferer und ein hohes Maß an Innovation und technologischer Entwicklung prägen

die Branche in Sachsen seit Jahren. Sachsen profitiert seit 1990 von den Zuwachsraten. Allein BMW und Porsche in Leipzig stehen für über 300.000 produzierte Fahrzeuge pro Jahr. Der Umsatz der sächsischen Automobilindustrie betrug im Jahr 2012 knapp 13 Mrd. Euro und ist im Zeitraum von 1991 bis 2012 auf das 30-fache gestiegen. Damit trägt die Branche über 25% zum sächsischen Industrieumsatz bei. Die Anzahl der direkt Beschäftigten in der sächsischen Automobilbranche hat sich seit 1992 von etwa 10.000 auf rund 26.000 (2012) mehr als verdoppelt. Zusammen mit den Zulieferern und Dienstleistern sind heute mehr als 70.000 Sachsen in der Automobilindustrie beschäftigt. Die sächsische Automobil- und Kfz-Zulieferindustrie ist eine der Schlüsselbranchen der sächsischen Wirtschaft.

Zukünftig muss sich die Branche dem weiter anwachsenden Kostendruck, neue Technologien wie zum Beispiel die Elektromobilität und sich verändernde Märkte stellen. Sachsen ist hier gut für die Zukunft gerüstet. Sachsen verfügt über nötige Knowhow auf den Gebieten der Kraftfahrzeugtechnik, der Fahrzeugelektronik, der Batteriespeicher, des Leichtbaus und der erneuerbaren Energien.

## Termine meiner Bürger-sprechstunden:

*Mittwoch, 7. Mai*  
von 16 - 18 Uhr  
Verwaltungsstelle  
Schönfeld-Weißig  
(Bautzner Landstraße 291,  
01328 Dresden)

*Montag, 19. Mai*  
von 16 - 18 Uhr  
Ortsamt Loschwitz  
(Grundstraße 3, 01326  
Dresden)

## Perspektive des sächsischen Handwerks verbessern

In der Großen Anfrage „Das Sächsische Handwerk: Bestandsaufnahme und Perspektiven“ wurde die Situation und Perspektiven des Sächsischen Handwerks analysiert. Mit der Bestandsaufnahme wird deutlich, dass das sächsische Handwerk die meisten Ausbildungsplätze im dualen System sichert und auch in erheblichem Maß zum Bruttoinlandsprodukt Sachsens und einer stabilen Beschäftigung beiträgt.

Dennoch zeigt die Analyse, dass die Rahmenbedingungen durch zu hohe Bürokratie und Kostenbelastungen für das sächsische Handwerk schwieriger werden. Vor diesem Hintergrund haben sich die Fraktionen von CDU und FDP auf einen Entschließungsantrag geeinigt, welcher die Staatsregierung bittet, sich für eine Verbesserung der Situation des Handwerks einzusetzen.

Dabei sollen Berufsnachfolge und Fachkräftemangel nicht zusätzlich durch Änderungen der Rentenregelungen weiter verschärft werden. Die bestehenden Regeln der steuerlichen Absetzbarkeit von Handwerksleistungen müssen bestehen

bleiben. Die bisherigen Anstrengungen zur Minderung des bürokratischen Aufwands für das Handwerk - wie beispielsweise das vereinfachte Sächsische Vergaberecht und die Reduzierung von Statistikpflichten - müssen weiter geführt werden. Außerdem müssen Belastungen, wie Steuererhöhungen, Erhöhungen von Beiträgen der Sozialversicherung, auf Bundesebene verhindert und die Vorfälligkeit der Sozialbeiträge auf Bundesebene zurück genommen werden. Gleichzeitig darf der Meisterbrief als Garant für hohe Qualität und Ausbildung nicht durch neue Regelungen auf EU-Ebene ausgehöhlt werden. Auch Maßnahmen gegen Schwarzarbeit müssen weiterhin unterstützt werden.

## Illegale Graffitis stärker bekämpfen

Mit dem gemeinsamen Antrag „Illegale Graffiti sind Straftaten – Bekämpfung verstärken – Eigentum respektieren!“ machen sich die Koalitionsfraktionen für die Bekämpfung von illegalen Graffitis stark.

Illegale Graffitis stellen vor allem in Großstädten ein großes Problem dar. Der geschätzte Gesamtschaden liegt bei circa 2 Mio. Euro (Jahr 2011: 1,8 Mio. Euro). Mit dem Antrag soll die Staatsregierung eine Bestandsaufnahme über die Situation in Sachsen erstellen. Hierbei soll über eingeleitete Maßnahmen der Strafverfolgungsbehörden von Polizei und Justiz, die tatsächlichen Probleme und Schwierigkeiten, aber auch möglicherweise erfolgversprechende Ansätze, bei der Verfolgung dieser Straftäter berichtet werden. Ebenfalls soll die Wirkung lokaler Aktionsbündnisse wie beispielweise STATTBILD Leipzig e. V. beurteilt werden.